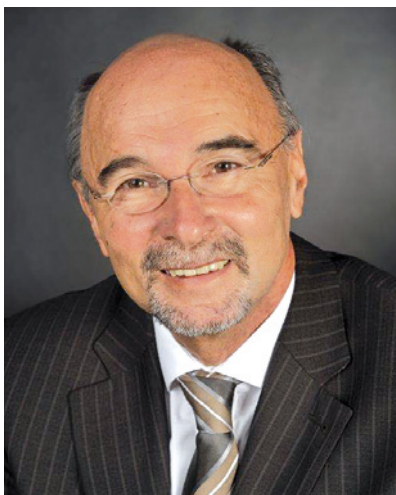


Saar-Hochschulen in der Verantwortung

Von Volker Giersch



Endlich wird sie konkret: Die Diskussion über die Zukunft unserer Hochschulen. Und es tritt ein, was zu erwarten war: Je konkreter sie wird, desto kontroverser verläuft sie. Zudem rächt sich nun, dass diese längst überfällige Diskussion nicht bereits zu Beginn des Jahrzehnts geführt wurde. Keine Frage: Sie wäre gewiss auch damals kontrovers verlaufen. Die Hochschulen hätten aber zumindest einen angemessenen Zeitraum gehabt, sich an die verminderten Mittelzuweisungen des Landes anzupassen. Und manche politisch gewollte Aufstockung wäre vielleicht unterblieben - etwa die Ausbildung der Grundschullehrer.

Angetrieben wird die Diskussion durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, durch die Beratungsergebnisse des Lenkungskreises zur Weiterentwicklung des Hochschulsystems und zuletzt vor allem durch ein vertrauliches Strukturkonzept des Uni-Präsidiums.

Positiv festzuhalten ist am derzeitigen Diskussionsstand vor allem zweierlei:

Erstens: Es soll nicht nur in Forschung und Lehre, sondern insbesondere auch bei den Hochschulverwaltungen kräftig gespart werden. Das ist richtig und wichtig: Denn je mehr Effizienzreserven sich hier heben lassen und je stärker die Hochschulen gerade auch hier zusammenarbeiten, desto mehr Mittel bleiben für Forschung und Lehre. Offen ist, ob und inwieweit es möglich und durchsetzbar ist, eine gemeinsame Verwaltung aufzubauen, die auch die beiden künstlerischen Hochschulen - also die Hochschule der Bildenden Künste Saar und die Hochschule für Musik Saar - voll mit einbezieht.

Zweitens enthält das Papier des Lenkungskreises erste Vorschläge, wo und wie die Kooperation zwischen Uni und HTW in einzelnen Fachrichtungen intensiviert werden kann. Arbeitsteilige Strukturen, die Bündelung der Ressourcen und mehr Durchlässigkeit in den Studienangeboten sind ein guter Weg, die Vielfalt und Qualität des Studienangebots trotz der nötigen Einsparungen hoch zu halten. Gerade in den Bereichen Ingenieurwissenschaften und Gesundheit gab es einen konstruktiven Dialog. Die Ergebnisse sind zwar noch eher vage. Sie sind aber eine gute Basis für tragbare Kompromisse.

Was der Lenkungskreis bislang nicht vorgelegt hat, ist ein schlüssiges Gesamtkonzept, das erkennen lässt, wie in nur fünf Jahren strukturelle Einsparungen in der Größenordnung von 20 Prozent erreicht werden sollen. Weitaus konkreter fällt da das Konzeptpapier des Uni-Präsidiums aus. Es sieht vor, die Zahl der Fakultäten von derzeit acht auf künftig fünf zu senken, wobei die Einsparrate bei den neuen Fakultäten von fünf Prozent in der medizinischen Fakultät bis hin zu 25 Prozent bei den Geistes- und Rechtswissenschaften und bei den empirischen Human- und Wirtschaftswissenschaften reicht. Konkret vorgesehen ist unter anderem, die Theologie künftig von den Kirchen finanzieren zu lassen, die Kunstgeschichte an die Hochschule der Bildenden Künste zu verlagern und die Musikwissenschaften der Hochschule für Musik anzugliedern. Ob diese Kostenverlagerung die nötige Akzeptanz findet, ist freilich mehr als ungewiss.

Uni-Mechatronik darf nicht sterben!

Große Sorge macht uns in der IHK und in den Industrieverbänden, dass in dem Uni-Konzept auch die Mechatronik mit „k.w“-Vermerk versehen ist. In dem Papier heißt es wörtlich: „Wegfall der Fachrichtung im Rahmen eines Gesamt-Umbaus der Ingenieurwissenschaften, Verlagerung der Professuren während der Remanenzphase in Informatik oder Materialwissenschaft und Werkstofftechnik“. Im Klartext: An der Uni soll der für unsere Industrie mit Abstand

wichtigste Ausbildungs- und Forschungsbereich in der Perspektive auf null zurückgefahren werden. Das bedeutet zugleich: Der Kooperation, die im Bereich der Ingenieurwissenschaften von Uni und HTW vereinbart wurde, wird dann Schritt für Schritt der Boden entzogen. Ebenso dem Zentrum für Mechatronik und Automatisierungstechnik (ZeMA), das mit dem Ziel aufgebaut wurde, unserer produzierenden Wirtschaft zusätzliche Innovationsimpulse zu geben. Schon jetzt ist das ZeMA ganz ohne Frage die Forschungseinrichtung, die die größten Berührungspunkte zu unserer Industrie aufweist.

Sollte die Uni-Planung Realität werden, dann wird der von der Landesregierung angekündigte „Masterplan Industrie“ massiv entwertet, noch ehe er geschrieben ist. Die Mechatronik, die in hohem Maß auch Drittmittel von der Industrie einwirbt, stellt einen Eckpfeiler der universitären Ingenieurausbildung im Saarland dar. Die Ausbildung dort orientiert sich ganz wesentlich am künftigen Bedarf unserer Saarindustrie. IHK und ME Saar stehen dazu seit vielen Jahren in einem intensiven Dialog mit der Fachrichtung. Bereits zu Beginn des Jahrzehnts haben wir uns verpflichtet, gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium je zwei Stiftungsprofessuren an Uni und HTW zu finanzieren, um die Mechatronik dort nachhaltig zu stärken. Ein „Auslaufmodell Mechatronik“ käme einer einseitigen Kündigung des seinerzeit geschlossenen Kooperationsvertrages durch die Uni gleich.

Saarindustrie braucht Uni-Ingenieure

Warum ist eine leistungsfähige, am Bedarf der Wirtschaft orientierte Ingenieurausbildung an der Saar-Uni so wichtig für unser Land? Drei Gründe sind es vor allem:

- Erstens werden Ingenieure mit Uni-Abschluss in den Entwicklungsabteilungen der Unternehmen benötigt. Sie tragen dort maßgeblich zur Entwicklung neuer Produkte und Verfahren bei. Ein Mangel an Ingenieuren mit Uni-Profil würde deshalb die Innovationsfähigkeit unserer mittelständischen Wirtschaft spürbar schwächen.
- Zweitens ist eine gute Verfügbarkeit von Ingenieuren mit Uni-Profil Voraussetzung dafür, dass den im Saarland ansässigen Zweigwerken und Tochterunternehmen künftig zusätzliche Entwicklungsaufgaben übertragen werden. Diese Chance sollte das Saarland nutzen.

- Drittens schließlich eröffnen attraktive Uni-Studiengänge für Ingenieure eine gute Chance, kluge Köpfe von außen ins Land zu ziehen und sie dann mit Stipendien und Praktika an unsere Industrie zu binden. Ohne die Beiträge unserer Hochschulen - und gerade auch der Saar-Uni - kann es nicht gelingen, die Ingenieurücke in unserem Land dauerhaft zu schließen.

Umfragen unter unseren Mitgliedern haben gezeigt, dass diese bei etwa einem Drittel der einzustellenden Ingenieure einen Universitätsabschluss und bei zwei Dritteln einen Fachhochschulabschluss erwarten. Sie zeigen zudem, dass die eher anwendungsbezogenen Absolventen der HTW zwar für viele Anforderungen bestens ausgebildet sind, den Erwartungen an Entwicklungsingenieure in aller Regel aber nicht genügen. Kurzum: Unsere Industrie braucht die Uni-Mechatronik. Sie darf nicht sterben!

Deshalb auch an dieser Stelle der Appell an die Landesregierung, an ihrer bisherigen Linie festzuhalten und dafür Sorge zu tragen, dass die künftigen Schwerpunkte in Forschung und Lehre insbesondere auch dem Bedarf des Landes und seiner Wirtschaft entsprechen. Regionalpolitisch ist das ein Muss. Denn die Verfügbarkeit von Hochschulabsolventen wird mehr und mehr zum entscheidenden Faktor im Wettbewerb der Regionen. Weil Ingenieure schon heute knapp sind und die Saarindustrie entscheidend auch von ihrer Ingenieurkunst lebt, braucht unsere Wirtschaft insbesondere starke Ingenieurwissenschaften. Das gilt im Übrigen gerade auch für kleine und mittlere Unternehmen, für die es schon jetzt immens schwierig (und teuer) ist, fertig ausgebildete Ingenieure von außerhalb des Landes zu gewinnen. Eine leistungsfähige Ingenieurausbildung ist insofern zugleich wirksame Mittelstandsförderung.

Autonomie verpflichtet

Noch einmal: Ein Bundesland, das nur über eine Universität und nur eine Fachhochschule verfügt, ist gut beraten, das Profil seiner Hochschulen gerade auch am Bedarf des Landes auszurichten. Das gilt insbesondere in Zeiten, in denen es aufgrund des demografischen Wandels wachsende Engpässe bei Hochschulabsolventen geben wird. Und es gilt erst recht in Zeiten knapper Kassen. Denn die Finanzierungsprobleme unseres Landes würden ins Unermessliche wachsen, wenn das Wachstum

hierzulande durch Fachkräftemangel ausgebremst würde. Die negativen Rückwirkungen auf die Steuerkraft würden nicht zuletzt auch die Spielräume für die Hochschulfinanzierung weiter einengen. Ein Teufelskreis.

Autonomie kann und darf deshalb nicht bedeuten, dass die Hochschulen, die fast vollständig aus Steuermitteln finanziert werden, eigenständig und frei darüber entscheiden können, welchen Fächerkanon sie anbieten. Denn ihr Profil entscheidet maßgeblich auch über die Zukunftschancen unseres Landes und über die der jungen Generation. Deshalb sollten Landesregierung und Hochschulen gemeinsam und möglichst im Konsens über die künftige Hochschulentwicklung entscheiden. Und: Sie sollten Populäres ebenso wie Unpopuläres gemeinsam nach innen und außen vertreten. Denn die Widerstände, die es zu überwinden gilt, sind groß. Und sie sind nur in den seltensten Fällen in der Sorge um das Gemeinwohl begründet.

Sollten sich die Interessen des Landes nicht im Konsens durchsetzen lassen, muss die Landesregierung als Zuwendungsgeber entsprechende strukturelle Vorgaben machen. Notfalls ist dazu auch das Hochschulrecht zu ändern. Das Saarland wäre dabei nicht das erste Bundesland, das auf diese Weise seiner Verantwortung für die jüngere Generation nachkommt, für deren Ausbildung wie für deren Arbeitsmarktchancen.

In Nordrhein-Westfalen bringt die Landesregierung gerade ein neues Hochschul-Zukunftsgesetz auf den Weg, das die Hochschulen wieder stärker an die Kandare nimmt. Über einen verbindlichen „Landeshochschulentwicklungsplan“ und über „Hochschulverträge“ sollen den Hochschulen Aufgaben, Ziele und Strukturen detailliert vorgegeben werden. Im Fokus sind dabei auch und gerade die Fächerstruktur und das wissenschaftliche Profil. Das neue Gesetz soll es erstmalig auch ermöglichen, einer Hochschule Teile des Landeszuschusses vorzuenthalten, wenn sie den Vorgaben des Landes nicht nachkommt.

Nordrhein-Westfalen - ein nachahmenswertes Beispiel auch für uns? Im Konfliktfall ja! Denn das Land und seine Steuerzahler haben ein Anrecht darauf, dass die von ihnen finanzierten Hochschulen auch die ihnen zugeordneten gesellschaftlichen und strukturpolitischen Aufgaben wahrnehmen. Gerade für unser Land ist das ein Gebot von existenzieller Bedeutung.